

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 6

Artikel: Polen zu Tisch
Autor: Gorski, Bohdan / Bahr, Jerzy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen zu Tisch

In Polen sollen die Gespräche am runden Tisch zwischen Regierung und Solidarnosc am 3. April zu Ende gehen. Im Maximum können sie eine Vereinbarung erbringen, die über den «Gesellschaftsvertrag» vom August 1980 weit hinausgeht, im Minimum eine Bilanz der erreichten oder nicht erreichten Einigungen. Offen bleiben so oder so die Meinungsunterschiede innerhalb der beiden Lager: Je näher die Gesprächspartner zueinander rücken, desto mehr trennen sie sich von den unbedingten Exponenten ihrer ursprünglichen Forderungen: das Regime von seinen «Betonköpfen», die Gewerkschaft von jenen Basiskräften, die auf radikale Änderungen bestehen.

Pluralismus bis wohin?

Der Hauptkompromiss betrifft die Einführung einer parlamentarischen Opposition, die nicht massgeblich werden darf (siehe vorletzte Nummer).

Um die Anerkennung von Solidarnosc, Landsolidarnosc und NZS (den Unabhängigen Studentenverband) zu erlangen, ist Lech Walesa mit seinen Getreuen bereit, auf eine freie Mehrheitsfindung bei den nächsten Sejmwahlen zu verzichten. Die kommunistische Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (VPAP) behält nämlich sich und zwei von ihr abhängigen Parteien 60 Prozent der Sitze vor. Die andern Sitze sollen nach diesem willkürlich fixierten Schlüssel an diverse Oppositionsparteien gehen, wobei die Solidarnosc nicht als solche auftreten wird, sondern eine gewerkschaftliche Sammelbewegung bleibt. Das ist zwar gegenüber dem bisherigen Zustand schon eine erhebliche Öffnung, aber weil sie keine Umkehrung der Machtverhältnisse auf demokratischem Weg zulässt, geht sie vielen Polen eindeutig zu wenig weit; die politischen Ansprüche sind seit 1980 eben gestiegen.

Ein neues Element kommt immerhin dazu: Man schafft eine zweite Kammer, den Senat (entspricht ungefähr dem Ständerat bei uns), der die Wojewodschaften vertreten wird. Und dieser soll in freien Wahlen bestellt werden, ohne einen vorgegebenen Mehrheitsanspruch der VPAP. Seine Kompetenzen bleiben noch zu definieren; allenfalls kann er das Bild des künstlich von der VPAP majorisierten Sejms korrigieren.

Lech Walesa und seine Gefolgschaft gehen ersichtlicherweise von der Voraussetzung

aus, dass der Übergang vom totalitären Staatsgebilde zur «pluralistischen Demokratie», also zur Demokratie schlechthin, ohnehin unausweichlich sei. Demnach gilt ihre Hauptsorge der möglichen Gewährleistung eines geordneten und gewaltfreien Prozesses in diese Richtung.

Diese Sorge, die man in profilierten Oppositionskreisen den Solidarnosc-Vertretern als Regimeschonung anlastet, ist keineswegs unbegründet. Tatsächlich ist die Gefahr, dass das Land ausser Kontrolle gerät, nach wie vor gross. Allein in den beiden ersten Monaten dieses Jahres sind im Land rund 300 spontane Streiks gemeldet worden. Angesichts der Tatsache, dass die Solidarnosc von Streiks abrät, ist das erst recht ein Indiz für den angehäuften Zündstoff. Und während die Zeit drängt, sind unendlich viele Dinge zu bereinigen.

Die mühsame Kleinarbeit

Das wörtlich verstandene Gespräch am runden Tisch ist in Wirklichkeit nur ein kleiner Ausschnitt aus einem ganzen Verhandlungskomplex. Das quantitative Hauptgewicht liegt bei den diversen Arbeitsgruppen (Subkommissionen), wo man mühsam um konkrete Punkte ringt. Hier einige Beispiele für die laufenden Kontroversen.

– Die Frage der laufenden Lohnanpassung an die Preise gemäss einem Index. In diesem Zusammenhang verlangt die Regierung den Verzicht auf Streiks zur Durchsetzung von Lohnforderungen.

– Die Rolle des Staatsoberhauptes. Hier haben sich die Akzente verschoben. Wollte die Regierungsseite erst den Präsidenten mit überaus grossen Vollmachten ausstatten, um die Autorität des Staates personell zu konzentrieren, ist sie jetzt eher bereit, die Betonung auf die Gewaltentrennung zu legen.

– Der Zugang der Solidarnosc zu den Massenmedien. Bezüglich der Presse zeichnet sich eine Einigung ab, aber dem Begehren der Solidarnosc nach einem eigenen TV-Programm opponiert die Regierungsseite nach Kräften.

– Die Entmonopolisierung der Landwirtschaft. Es geht darum, die privaten Bauern von staatlichen Institutionen unabhängig zu machen, die sich auf dem Land als besonders unfähig erwiesen haben.

– Die Frage, wie und wie weit Jugendorganisationen (es gibt praktisch bereits zwei rivalisierende Pfadfinderbewegungen) politisiert werden dürfen. Die Grundschulen sollen von der Politik freigehalten werden. Interessanterweise ist das heute eine Forderung der Regierung.

– Der gesamte Ökologiekomplex. Die Solidarnosc ist gegen Kernkraftwerke und will Energie auf Kosten der Rüstungsindustrie sparen.

– Wohnbau. Die Regierung will den Staat von den Kosten entlasten, und die Solidarnosc findet, dazu müssten die Bürger erst zahlungsfähig gemacht werden.

Neben den strittigen Punkten gibt es auch viele Punkte, bei denen man bereits zu einem Kompromiss gelangt ist. Das weitaus wichtigste Beispiel ist natürlich die Wiederzulassung von Solidarnosc, Bauernsolidarnosc und NZS, aber beschlossene Sache ist auch die Abschaffung der Nomenklatura im Gesundheitswesen und die Aufhebung der Grössenbegrenzung für private Landwirtschaftsbetriebe.

Bezüglich aller spezialisierten Aspekte ergibt sich die Schwierigkeit, der polnischen Bevölkerung die erreichten Fortschritte begreiflich zu machen. Dort, wo man die Erwartungen auf «den entscheidenden Durchbruch» gerichtet hatte, reagiert man mit Enttäuschung. Ferner werden Einigungen über konkrete Fortschritte häufig mit der Frage relativiert: Und was haben wir für Garantien, dass das dann auch so gemacht wird? Ein spezielles Sorgenkind für beide Seiten ist die nicht organisierte Jugend mit Tendenzen zur Anarchie.

Die Kirche führt das Protokoll

Von Interesse ist es, wie die zentrale polnische Presse über den Fortgang der Gespräche berichtet. Jeden Tag bringt sie ein jeweiliges Resümee der Regierungsseite und der Solidarnosc-Seite sowie die Darlegung weiterer (vornehmlich regierungsnaher) Standpunkte. Dabei erhalten die VPAP-Gebilde der Bauernpartei und der Demokratischen Partei die Gelegenheit, eigene Schattierungen anzubringen, was auch für die Branchengewerkschaften gilt.

Schliesslich ist bei den polnischen Gesprächen am runden Tisch noch die eigenartige Notariatsrolle der Kirche zu vermerken. Sie ist bei den politischen Verhandlungen mit Beobachterstatus dabei, und sie ist es, welche die Gespräche protokolliert. Von beiden Seiten wird sie als «Richterin» angerufen, wenn es zum Streit über gemachte Aussagen kommt. Die Parteipresse hat schon ironisch kommentiert, das sei eine einmalige Situation. Aber einmalig ist eigentlich die ganze Situation, und das macht die Bewertung so schwer, hüben wie drüben. ■